



Generalversammlung

Verteilung: Allgemein
15. Dezember 2015

Siebzigste Tagung
Tagesordnungspunkt 51

Resolution der Generalversammlung, verabschiedet am 9. Dezember 2015

[aufgrund des Berichts des Ausschusses für besondere politische Fragen und Entkolonialisierung
(Vierter Ausschuss) (A/70/493)]

70/80. Unterstützung von Antiminenprogrammen

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf ihre Resolution 68/72 vom 11. Dezember 2013 und alle ihre früheren Resolutionen über die Unterstützung von Minenräummaßnahmen und die Unterstützung von Antiminenprogrammen, die alle ohne Abstimmung verabschiedet wurden,

sowie unter Hinweis auf alle einschlägigen Verträge und Übereinkommen¹ und ihre Überprüfungsprozesse,

mit Anerkennung feststellend, in welchem Ausmaß der Internationale Tag zur Aufklärung über die Minengefahr und zur Unterstützung von Antiminenprogrammen am 4. April 2015 zum zehnten Mal weltweit begangen wurde,

in Bekräftigung ihrer tiefen Besorgnis über die durch Minen und explosive Kampfmittelrückstände² in den betroffenen Ländern hervorgerufenen gewaltigen humanitären Probleme und Entwicklungsprobleme, die für die Bevölkerung dieser Länder ernste und langfristige soziale und wirtschaftliche Folgen haben und die Bereitstellung humanitärer Hilfe beeinträchtigen,

eingedenk der ernsthaften humanitären Bedrohung, die Minen und explosive Kampfmittelrückstände, einschließlich Streumunition, in den betroffenen Ländern für die Sicherheit, die Gesundheit und das Leben der örtlichen Zivilbevölkerung sowie des Personals darstellen, das an humanitären, friedenssichernden, Rehabilitations- und Minenräumprogrammen und -maßnahmen beteiligt ist,

¹ Dazu gehören das Übereinkommen von 1997 über das Verbot des Einsatzes, der Lagerung, der Herstellung und der Weitergabe von Antipersonenminen und über deren Vernichtung, das Protokoll über das Verbot oder die Beschränkung des Einsatzes von Minen, Sprengfallen und anderen Vorrichtungen in der 1996 geänderten Fassung (Protokoll II zu dem Übereinkommen von 1980 über das Verbot oder die Beschränkung des Einsatzes bestimmter konventioneller Waffen, die übermäßige Leiden verursachen oder unterschiedslos wirken können), das Protokoll von 2003 über explosive Kampfmittelrückstände (Protokoll V zu dem Übereinkommen von 1980), das Übereinkommen von 2008 über Streumunition, das Zusatzprotokoll von 1977 zu den Genfer Abkommen vom 12. August 1949 über den Schutz der Opfer internationaler bewaffneter Konflikte (Protokoll I) und das Übereinkommen von 2006 über die Rechte von Menschen mit Behinderungen.

² Wie in Protokoll V zu dem Übereinkommen von 1980 definiert.



äußerst beunruhigt darüber, dass infolge bewaffneter Konflikte die Zahl der Minen und der durch sie verseuchten Flächen, wenngleich rückläufig, nach wie vor sehr groß ist und die Zahl der explosiven Kampfmittelrückstände weiter wächst, und daher weiterhin davon überzeugt, dass die internationale Gemeinschaft ihre Antiminenaktionen dringend verstärken muss, um die Bedrohung und die humanitären Auswirkungen, die mit Landminen und explosiven Kampfmittelrückständen für Zivilpersonen verbunden sind, so bald wie möglich zu beseitigen,

in Anbetracht der humanitären Bedrohung, die nach einem Konflikt von behelfsmäßigen Sprengvorrichtungen ausgeht,

sowie anerkennend, dass neben der Hauptrolle, die den Staaten zukommt, auch die Vereinten Nationen eine bedeutende Rolle auf dem Gebiet der Unterstützung von Antiminenprogrammen spielen, insbesondere im Rahmen der Umsetzung der Strategie der Vereinten Nationen für Antiminenprogramme 2013-2018 durch die Mitglieder der Interinstitutionellen Koordinierungsgruppe für Antiminenprogramme³, deren Vorsitz auf Arbeitsebene vom Dienst der Vereinten Nationen für Antiminenprogramme wahrgenommen wird, die Auffassung vertretend, dass Antiminenprogramme einen wichtigen und integralen Bestandteil der humanitären Hilfe und der Entwicklungsaktivitäten der Vereinten Nationen bilden, und feststellend, dass Antiminenprogramme in zahlreiche Friedenssicherungseinsätze der Vereinten Nationen und vom Sicherheitsrat mandatierte besondere politische Missionen integriert wurden,

mit Anerkennung Kenntnis nehmend von der Zusammenarbeit und Abstimmung der Interinstitutionellen Koordinierungsgruppe für Antiminenprogramme mit nichtstaatlichen Organisationen und anderen Akteuren durch Sitzungen des Ausschusses für Antiminenprogramme⁴ und ihre aktive Beteiligung an Mechanismen zur Koordinierung humanitärer Maßnahmen, wie der Globalen Schwerpunktgruppe Schutz, und eine weitere Verstärkung dieser Zusammenarbeit befürwortend,

anerkennend, wie wichtig die volle Mitwirkung und gleiche Chancen für die Beteiligung von Frauen wie Männern an Antiminenprogrammen sind,

sowie in Anerkennung der wertvollen Antiminenmaßnahmen, mit denen nationale, regionale und internationale Fachleute für Antiminenprogramme, einschließlich Personal und Friedenssicherungskräften der Vereinten Nationen sowie Fachleuten der mit Antiminenprogrammen befassten zuständigen nichtstaatlichen Organisationen, es lokalen Gemeinschaften und überlebenden Minenopfern durch die Wiedereröffnung des Zugangs zu zuvor verseuchten Flächen ermöglichen, wieder ein normales Leben aufzunehmen und wieder selbst ihren Lebensunterhalt zu verdienen,

mit Dank Kenntnis nehmend von den nationalen, regionalen und subregionalen Anstrengungen, einschließlich des Strategierahmens der Afrikanischen Union für Antiminenprogramme und explosive Kampfmittelrückstände 2014-2017,

³ Bestehend aus dem Dienst der Vereinten Nationen für Antiminenprogramme der Sekretariats-Hauptabteilung Friedenssicherungseinsätze, dem Sekretariats-Büro für Abrüstungsfragen, dem Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen, dem Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen, dem Büro der Vereinten Nationen für Projektdienste, der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen, dem Sekretariats-Amt für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten, der Einheit der Vereinten Nationen für Gleichstellung und Ermächtigung der Frauen (UN-Frauen), dem Amt des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Menschenrechte, dem Amt des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen, dem Welternährungsprogramm, der Weltgesundheitsorganisation, dem Institut der Vereinten Nationen für Abrüstungsfragen und der Weltbank.

⁴ Beim Ausschuss für Antiminenprogramme handelt es sich um ein informelles Forum zum Austausch von Informationen. Mitglieder sind die Interinstitutionelle Koordinierungsgruppe für Antiminenprogramme, mit Antiminenprogrammen befasste nichtstaatliche Organisationen, das Internationale Komitee vom Roten Kreuz, das Genfer Internationale Zentrum für humanitäre Minenräumung und akademische Einrichtungen.

mit Befriedigung feststellend, dass Antiminenprogramme zunehmend in humanitäre Appelle aufgenommen werden,

betonend, dass dringender humanitärer Bedarf besteht, wenn nichtstaatliche Akteure Minen, behelfsmäßige Sprengvorrichtungen und andere damit verbundene Sprengkörper einsetzen,

Kenntnis nehmend von den Empfehlungen der Gemeinsamen Inspektionsgruppe und von der Erarbeitung der Strategie der Vereinten Nationen für Antiminenprogramme 2013-2018, einschließlich der Schaffung eines Überwachungs- und Evaluierungsmechanismus zur Umsetzung der Strategie, sowie von der Aktualisierung der Richtlinie der Vereinten Nationen für die Opferhilfe und die Mitglieder der Interinstitutionellen Koordinierungsgruppe für Antiminenprogramme ermutigend, ihre Arbeit zur Verbesserung der Wirkung der Tätigkeit der Vereinten Nationen im Bereich der Antiminenprogramme fortzusetzen,

1. *nimmt Kenntnis* von dem Bericht des Generalsekretärs⁵;
2. *fordert* insbesondere, dass die Anstrengungen der Staaten, auch im Rahmen der Süd-Süd-, der regionalen und der subregionalen Zusammenarbeit, mit Unterstützung der Vereinten Nationen und der mit Antiminenprogrammen befassten zuständigen Organisationen auf Ersuchen und nach Bedarf und in Abstimmung mit dem betroffenen Land fortgesetzt werden, um die Schaffung und den Ausbau nationaler Kapazitäten für Antiminenprogramme in Ländern zu fördern, in denen Minen und explosive Kampfmittelrückstände eine ernste Gefahr für die Sicherheit, die Gesundheit und das Leben der örtlichen Zivilbevölkerung darstellen oder die Bereitstellung humanitärer Hilfe und die Bemühungen um soziale und wirtschaftliche Entwicklung auf nationaler und lokaler Ebene behindern;
3. *fordert* alle Staaten, insbesondere diejenigen, die dazu in der Lage sind, sowie das System der Vereinten Nationen und die anderen mit Antiminenprogrammen befassten zuständigen Organisationen und Institutionen *nachdrücklich auf*, von Minen betroffene Staaten auf Ersuchen und nach Bedarf zu unterstützen, indem sie
 - a) den Ländern, die von Minen und explosiven Kampfmittelrückständen, einschließlich aufgegebener explosiver Kampfmittel, betroffen sind, bei der Schaffung und dem Ausbau ihrer nationalen Kapazitäten für Antiminenprogramme, bei Bedarf auch bei der Erfüllung ihrer einschlägigen internationalen Verpflichtungen, behilflich sind;
 - b) in Zusammenarbeit mit den zuständigen Organen des Systems der Vereinten Nationen und den in Betracht kommenden regionalen, staatlichen und nichtstaatlichen Organisationen bei Bedarf nationale Programme unterstützen, mit dem Ziel, die von Landminen und explosiven Kampfmittelrückständen ausgehende Gefahr unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Bedürfnisse von Frauen, Mädchen, Jungen und Männern zu verringern;
 - c) verlässliche, berechenbare, rechtzeitige und, sofern möglich, mehrjährige Beiträge zu Antiminenaktionen leisten, namentlich durch nationale Antiminenmaßnahmen und Antiminenprogramme der Vereinten Nationen und nichtstaatlicher Organisationen, einschließlich Schnellreaktionsmaßnahmen in humanitären Notlagen und Maßnahmen zur Unterstützung der Opfer und zur Aufklärung über die Minengefahr, insbesondere auf lokaler Ebene, sowie über die entsprechenden nationalen, regionalen und globalen Treuhandfonds, darunter der Freiwillige Treuhandfonds zur Unterstützung von Antiminenprogrammen;
 - d) die notwendigen Informationen und technischen, finanziellen und materiellen Hilfen bereitstellen, um im Einklang mit dem Völkerrecht Minenfelder, Minen, behelfs-

⁵ A/70/207.

mäßige Sprengvorrichtungen, Sprengfallen, andere Vorrichtungen und explosive Kampfmittelrückstände so bald wie möglich zu orten, zu beseitigen, zu vernichten und auf andere Weise unschädlich zu machen;

e) technologische Hilfe gewähren, um i) die von Minen und explosiven Kampfmittelrückständen betroffenen Länder zu unterstützen und ii) eine auf die Nutzer ausgerichtete Erforschung und Entwicklung von wirksamen, nachhaltigen, geeigneten und umweltschonenden Techniken und Technologien für Antiminenmaßnahmen zu fördern;

4. *befürwortet* die Anstrengungen, alle Antiminenmaßnahmen im Einklang mit den Internationalen Normen für Antiminenprogramme oder mit diesen Normen konformen nationalen Normen durchzuführen, und betont, wie wichtig es ist, zur Erleichterung von Antiminenmaßnahmen die Genauigkeit und Objektivität der Informationen in der Berichterstattung sicherzustellen sowie neueste Technologien und ein Informationsmanagementsystem, wie etwa das Informationsmanagementsystem für Antiminenprogramme, anzuwenden;

5. *fordert* alle von Minen betroffenen Staaten *nachdrücklich auf*, im Einklang mit dem anwendbaren Völkerrecht nach Bedarf alle Gebiete innerhalb ihres jeweiligen Hoheitsbereichs oder unter ihrer Kontrolle, in denen sich Minen und andere explosive Kampfmittelrückstände befinden, auf möglichst effiziente Weise zu identifizieren und gegebenenfalls Maßnahmen zur Freigabe zuvor verminter Flächen zu veranlassen, einschließlich nichttechnischer, technischer sowie Räummaßnahmen;

6. *legt* den von Minen betroffenen Staaten *nahe*, gegebenenfalls mit Unterstützung seitens der in Betracht kommenden Einrichtungen der Vereinten Nationen und Entwicklungspartner Antiminenaktionen, einschließlich der erforderlichen Opferhilfe und ihrer Verbindung zu Gesundheitsversorgungs- und Behindertenagenden, proaktiv in die Entwicklungspläne und -prozesse zu integrieren, um sicherzustellen, dass Antiminenprogramme zu den Entwicklungsprioritäten zählen und dass für Antiminenprogramme, einschließlich der erforderlichen Opferhilfe, auf berechenbare Weise Mittel bereitgestellt werden;

7. *ermutigt* alle zuständigen multilateralen, regionalen und nationalen Programme und Gremien, in ihre friedenskonsolidierenden, humanitären, Wiederherstellungs-, Wiederaufbau- und Entwicklungshilfemaßnahmen gegebenenfalls Aktivitäten im Zusammenhang mit Antiminenprogrammen, einschließlich Räumung, aufzunehmen, unter Berücksichtigung der Notwendigkeit, die nationale und lokale Eigenverantwortung, die Nachhaltigkeit und den Kapazitätsaufbau zu gewährleisten sowie eine geschlechts- und altersspezifische Perspektive in alle Aspekte derartiger Aktivitäten aufzunehmen;

8. *legt* den Staaten, soweit angezeigt, und den mit Antiminenprogrammen befassten zuständigen Organisationen *nahe*, sich weiter darum zu bemühen, sicherzustellen, dass in Antiminenprogrammen die Aufklärung über die Gefahren und die besonderen Bedürfnisse und Erfordernisse von Opfern und Menschen mit Behinderungen berücksichtigt werden und dass sie geschlechts- und altersdifferenziert sind, damit sie Frauen, Mädchen, Jungen und Männern gleichermaßen zugutekommen, und dass sie außerdem den besonderen Bedürfnissen von Flüchtlingen und Binnenvertriebenen Rechnung tragen, und befürwortet die Mitwirkung aller Akteure sowie die verstärkte Mitwirkung der Frauen an der Gestaltung der Antiminenprogramme;

9. *fordert* die Staaten *nachdrücklich auf*, humanitäre Hilfe für die Opfer von Minen und explosiven Kampfmittelrückständen bereitzustellen und Maßnahmen zu ergreifen, um die Zivilbevölkerung im Einklang mit den Grundsätzen des humanitären Völkerrechts zu schonen;

10. *ermutigt* die Staaten, den Zugang der Opfer zu adäquater medizinischer Betreuung, physischer und sensorischer Rehabilitation, psychosozialer Unterstützung, Bildung und Qualifizierung sowie Chancen für einen Einkommenserwerb zu unterstützen und

diese Dienste allen zur Verfügung zu stellen, ungeachtet des Geschlechts, des Alters oder des sozioökonomischen Status;

11. *legt* den zuständigen Einrichtungen der Vereinten Nationen, Organisationen der Zivilgesellschaft und anderen Einrichtungen mit Fachwissen in diesen Angelegenheiten *nahe*, den betroffenen Ländern Kapazitätsaufbauhilfe bereitzustellen, damit sie die Opferhilfe in ihre nationalen Politikrahmen über Gesundheitsversorgung, soziale Dienste und behinderteninklusive Entwicklung integrieren;

12. *betont*, wie wichtig es ist, bei Antiminenprogrammen zusammenzuarbeiten und sich abzustimmen und nach Bedarf vorhandene Mittel zu diesem Zweck bereitzustellen, weist nachdrücklich auf die Hauptverantwortung der nationalen Behörden in dieser Hinsicht hin und betont außerdem, dass den Vereinten Nationen, namentlich dem Dienst der Vereinten Nationen für Antiminenprogramme, der die Antiminenaktionen innerhalb des Systems der Vereinten Nationen koordiniert, und den sonstigen zuständigen Organisationen dabei eine unterstützende Rolle zukommt;

13. *erkennt an*, wie wichtig es ist, Antiminenprogramme gegebenenfalls in Waffenruhevereinbarungen und Friedensabkommen sowie in den Mandaten von Friedenssicherungseinsätzen und besonderen politischen Missionen ausdrücklich zu erwähnen, da sie in Postkonfliktsituationen als Maßnahmen der Friedenskonsolidierung und der Vertrauensbildung zwischen den beteiligten Parteien dienen können;

14. *ermutigt* die Vereinten Nationen, auch künftig Maßnahmen zu ergreifen, um die Koordinierung, Effizienz, Transparenz und Rechenschaftspflicht zu erhöhen, insbesondere durch die Umsetzung der Strategie der Vereinten Nationen für Antiminenprogramme 2013-2018;

15. *ermutigt* diejenigen Staaten und Organisationen, die dazu in der Lage sind, die Maßnahmen aller zuständigen Akteure zu unterstützen, die darauf abzielen, die Schnellreaktionskapazitäten in humanitären Notlagen sowie die Transparenz und Rechenschaftspflicht zu verbessern;

16. *ersucht* den Generalsekretär, der Generalversammlung auf ihrer zweiundsiebzigsten Tagung einen Bericht über die Durchführung dieser Resolution und über die Weiterverfolgung früherer Resolutionen über die Unterstützung von Minenräummaßnahmen und Antiminenprogrammen vorzulegen;

17. *beschließt*, den Punkt „Unterstützung von Antiminenprogrammen“ in die vorläufige Tagesordnung ihrer zweiundsiebzigsten Tagung aufzunehmen.

70. Plenarsitzung
9. Dezember 2015